

Das deutsche Frischei erobert den Markt

Deutschland verbraucht 8 Milliarden Eier
Aus Berlin wird uns berichtet:

Selbst die größten Optimisten haben einen so durchschlagenden Erfolg, wie er dem „deutschen Frischei“ in den letzten sechs Monaten beschieden war, niemals für möglich gehalten. Noch vor wenigen Monaten bereitete es Schwierigkeiten, in den großstädtischen Geschäften das seit Jahren angekündigte „deutsche Frischei“ überhaupt zu kaufen. Ueberraschend schnell haben sich inzwischen die Verkaufsstellen auf dem Eiermarkt von Grund auf geändert. Heute beherbergt in allen Eierhandlungen das „deutsche Frischei“ nicht zuletzt dank der Nachfrage der Hausfrauen unbefruchtete Eiernester.

Vier Jahre lang, seit 1926, berieten die Führer der Landwirtschaft in Genossenschaften, Landwirtschaftskammern und anderen Organisationen über Maßnahmen zur Förderung des inländischen Eierkonsums, nachdem das Ausland in Dänemark und Holland überzeugende Vorbilder geschaffen hatte. Es schien unmöglich, die vielen tausend deutschen Geflügelzüchter mit ihren vielfach entgegengesetzten Interessen zu genossenschaftlicher Vertretung ihrer Erzeugnisse zusammenzuführen. Die 50 bis 60 Millionen Eier, die von etwa 300 Genossenschaften besonders in Schleswig-Holstein und Hannover gesammelt wurden, genühten bei einem Gesamtverbrauch von 8 Milliarden Stück natürlich nicht, um irgendwelchen Einfluss auf den Markt auszuüben.

Zu Beginn dieses Jahres wurden, über das ganze Reich verteilt, 17 Eierabgabenzentralen geschaffen, von denen jede in ihrem Bezirk die Erzeugnisse der Genossenschaften sammeln und verwerten sollte. Die Regierung stellte 4 Millionen Mark aus den Mitteln für das Rotkrotenprogramm der Landwirtschaft zur Verfügung. Die Sammelstellen in den Dörfern erhielten kein bares Geld, sondern die Ausrichtung zur Durchleuchtung, Verpackung und Lagerung der Eier. Zusätzlich begann eine intensive Propaganda bei Erzeugern und Verbrauchern.

Der Erfolg der dieser Arbeit beschieden war, ist schon jetzt unangezweifelt. Trotz des allmählichen Sinkens des Weltmarktes im Vergleich zu früheren Jahren das „deutsche Frischei“ verkauft. Die Zahl der Mitglieder der bäuerlichen Genossenschaften ist heute bereits fünfzehnfach so groß wie noch vor einem Jahre. Die Umsätze der Genossenschaften allein in der Provinz Brandenburg sind innerhalb eines Jahres auf das Dreifache gestiegen. Infolge der riesigen Nachfrage nach Frischei ist der Erzeugerpreis für deutsche Eier, der früher unter dem für russische und 1 bis 1,5 Pfennig unter dem Preis für holländische Eier notierte, jetzt dem Preis für ausländische Eier gleich oder sogar noch etwas höher. Dies ist nicht zuletzt auf die hervorragende Qualität der von den Genossenschaften abgelieferten Eier zurückzuführen. Zum Beispiel war unter 5000 Eiern, die eine neue Genossenschaft als erste Sendung zur Ablieferung brachte, nicht ein einziges abgelehnt, sondern alle von gleicher, besser Qualität.

Obwohl infolge der verbesserten Absatzmöglichkeiten und des gleichmäßigen warmen Wetters die deutsche Eierproduktion in diesem Jahre erheblich gestiegen ist, haben auch die Zufuhren aus dem Ausland eine weitere Steigerung um fast 10 Prozent erfahren. Dadurch ist der Beweis erbracht, daß mangelnde Nachfrage nicht der Bedarf in Deutschland, sondern die Überproduktion des Auslandes ist. Unter dem Druck des großen Angebotes sind die Eierpreise, die in früheren Jahren um diese Zeit schon anzusehen scheiterten, noch immer sehr niedrig, was wiederum behebend auf den Konsum wirkt. Noch niemals sind in Deutschland so viele Eier gegessen worden wie in der ersten Hälfte dieses Jahres. Der lässliche Gesamtverbrauch, der in den letzten drei Jahren bereits die Vorkriegeshöhe von 7,350 Milliarden Stück überschritten hatte, dürfte in diesem Jahr mit 9 Milliarden Eiern einen neuen Rekord erreichen.

Die spanische Währungsreform

Wird es nun endlich gelingen, die spanische Währung zu stabilisieren? Die Beschlüsse des Ministerrates sind nicht der erste Versuch, endlich das Land von den Währungschwankungen zu befreien. Die letzten Jahre waren erfüllt von Versprechungen, Versuchen, kostspieligen Experimenten Sachverständigen-Gutachten, die sich häufig widersprechen, wurden eingeholt, aber die Peseta Madrid blieb nicht stabil.

Es sind fast sieben Jahre vergangen, seitdem es Deutschland unter den unerträglichsten Opfern gelang, sich eine neue Währung zu schaffen. In Spanien hat die Entwertung der Peseta nicht so weitgehende Fortschritte gemacht. Immerhin ist sie auf die Hälfte des Wertes gesunken, und das noch dazu in einer Zeit, da in den bedeutendsten Ländern der Welt schon lange eine stabile Währung durchgeföhrt ist. Davon ist das Land schwer betroffen worden. Es wechselten Inflationen und Deflationen ab, und deren Folgen waren heftige Wirtschaftskrisen.

Aus währungsrechtlichen Gründen ist der Sturz der Peseta nicht zu erklären; denn die Golddeckung der im Umlauf befindlichen Noten beträgt 50 Prozent. Dazu kommt eine Silberdeckung von 10 Prozent. Der Goldfuß der Nationalbank beläuft sich auf noch immer 2,47 Milliarden Mark. Zweifellos ist es ein Fehler gewesen, daß man die der Nationalbank zur Verfügung stehenden Reserven nicht in großzügiger Weise zur Peseta-Stützung verwandt hat. Dem standen allerdings Währungsregeln gegenüber, nach denen nur ein kleiner Teil des Goldbestandes zu Stützungswecken verwandt werden darf.

Die Ursachen des Pesetensturzes liegen auf ganz anderem Gebiete. Er ist veranlaßt durch die gewaltige öffentliche Verschuldung und die ständigen politischen Unruhen und infolge der unsicheren Lage immer größere Ausmaße annehmende Kapitalflucht. Man hat, wie wir das ja auch kennen, vor allem die Spekulation für den Pesetensturz verantwortlich gemacht. Das war ja jedoch nur eine bequeme Ausrede, um die wahre Lage nicht zugeben zu müssen. Als die Kapitalflucht allgemein

einsetzte, um weiteren Verlusten zu entgehen, war der Pesetensturz nicht mehr zu halten. Er ist inzwischen so tief gesunken, daß man an die Rückführung der spanischen Währung zur Goldwährung nicht mehr glaubt. Dies wäre auch deshalb schon außerordentlich bedenklich, weil damit eine neue schwere Deflationstriebe verbunden wäre, die unter allen Umständen vermieden werden muß.

Der jetzt aufs neue gefasste Beschluß einer Währungsstabilisierung muß gleichzeitig als hochpolitische Tat gewertet werden. Bei einem Besuch in Paris hat König Alfonso mit Sanlago Alba verhandelt, und dabei wurde neben politischen Fragen auch die Lösung der Währungsfrage besprochen. Andererseits wird General Berenguer zweifellos alles versuchen, selbst als Retter aus der großen Finanznot zu erscheinen. Er hat seine Ministerfähigkeit bei weitem nicht so zweifelhaft auf, wie es vielfach dargestellt wird. Jedenfalls ist zu erkennen, daß man offensichtlich diesmal ernstlich bemüht ist, Spanien aus der Währungsnot herauszuführen. Es gilt dort genau so wie bei uns das Vertrauen der Bevölkerung wieder zurückzugewinnen, damit die Kapitalflucht ein Ende findet.

Weltkraft — Zahlen, die verblüffen

Anlässlich der zweiten Weltkraftkonferenz Berlin 1930 veröffentlicht die Zeitschrift des Vereins Deutscher Ingenieure graphisch-statistische Darstellungen über die Energieleistung der Welt. Hier vermitteln die sonst so trockenen Zahlen der Statistik ganz erstaunliche Vorstellungen. Alle Energie kommt von der Sonne. Die jährliche Wärmestrahlung der Sonne beträgt in Kilowattstunden 350 Sextillionen, das ist eine Zahl mit 27 Nullen! Davon gelangen allerdings nur „nur“ 155 Quadrillionen Kilowattstunden. Auch die Kraftleistung der aus der Erde herrschenden Winde hat man berechnet. Hier ergibt sich ebenfalls eine astronomische Zahl. Nicht weniger als 3400 Trillionen Kilowattstunden beträgt die Energieleistung der Winde. Noch verblüffender als diese Zahlen, von denen sich der Laie keinen rechten Begriff machen kann, ist die Tatsache, daß der Pflanzennachwuchs in einem Jahre 13 000 Millionen Tonnen Kohlenstoff erzeugt. Das ist zehnmal so viel wie die gesamte Kohlenförderung der Welt im Jahre 1928. Der jährliche Holznachwuchs der Erde beträgt 1308 Millionen Festmeter. Die Kohlenförderung der Welt im Jahre 1928 mit 1300 Millionen Tonnen läßt die Frage aufkommen, ob nicht unsere Kohlenvorräte bald erschöpft sein werden. Vorläufig hat es aber damit noch gute Weile, denn allein Nordamerika hat bis 2000 Meter Tiefe rund 3 401 889 Millionen Tonnen unerlöschte Kohlenvorräte; Europa verfügt noch über 651 566 Millionen Tonnen. Die Kohlenförderung des Jahres 1928 beträgt nur 0,23 Prozent der Weltvorräte. An Wasserkräften sind auf der Erde insgesamt 327 040 000 Kilowatt vorhanden. Die Ausnutzung der Wasserkräfte schwankt zwischen 2,5 Prozent in Nordamerika, 2,2 Prozent in Europa und 0,07 Prozent in Afrika. Die gesamten Erdölvorräte der Welt betragen 6 149 000 000 Tonnen. Davon wurden 1928 3,1 Prozent gefördert. Wo wird nun die Kohle verbraucht? Auf hierauf weist die Statistik eine Antwort. Am gesamten deutschen Kohlenverbrauch 1928 waren beteiligt: Hausbrand, Landwirtschaft und Blahhandel mit 27,7 Prozent, die Eisenbahnen mit 9,9 Prozent, die Schifffahrt mit 2,2 Prozent, Elektrizitätswerke mit 6,8 Prozent, Gaswerke mit 5 Prozent, Metallgewinnung und -verarbeitung 20,7 Prozent, keramische und Gießereiindustrie 6,9 Prozent, Papier-, Textil- und Lederindustrie 3,5 Prozent, Nahrungsmittelindustrie 3,5 Prozent, sonstige Industrien 4,3 Prozent. Und wo wird das in Deutschland erzeugte Gas benutzt? 60 bis 70 Prozent des Gases wird in Haushaltungen, 8 bis 10 Prozent für Straßenbeleuchtung, der Rest in Industrie und Handwerk verbraucht. Uebrigens werden 3 Prozent der gesamten Straßenmenge Deutschlands mit Gas beleuchtet. In der Gasgewinnung der Welt stehen die Vereinigten Staaten mit 13 025 Millionen Kubikmeter an der Spitze. Es folgt England, dann Deutschland. Auch Elektrizität wird in den Vereinigten Staaten am meisten erzeugt, nämlich 110 000 Millionen Kilowattstunden. An zweiter Stelle steht Deutschland mit 27 871 Millionen Kilowattstunden. Es folgen Kanada, England, Frankreich und Japan. Die Gesamt-Elektrizitätserzeugung der Welt betrug 1926: 206 000 Millionen, 1927: 230 000 Millionen, 1928: 250 000 Millionen Kilowattstunden. Zum Schluß eine interessante Gegenüberstellung: In Deutschland standen 1925: 10 330 000 Arbeitern 8 713 000 Kilowatt installierte Leistung zur Verfügung. Das bedeutet 0,797 Kilowatt je Arbeiter. Die Menschskraft beträgt etwa 3,5 mkg./Sek., das sind 1,034 Kilowatt. Aus diesen trockenen Zahlen ergibt sich umgerechnet die erstaunliche Tatsache, daß durch die Elektrizitätserzeugung die Arbeitskraft des deutschen Arbeiters im Verhältnis 1:23,44 erhöht ist!

Deutscher Reichstag

Die Aussprache zu den Deckungsplänen
Berlin, 8. Juli.

In der Dienstagsstunde des Reichstages wurde die zweite Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums fortgesetzt. Abg. von Sobel (Chr. Nat.) erklärte, die Notlage des Volk und Gemeinwesens mache einen Kurswechsel nicht immer nur in der Handelsvertrags-, sondern auch in der Steuerpolitik erforderlich. Ein großer Teil der Ertragsvorschlüsse des Haushalts würde sich bei gutem Willen verwirklichen lassen. Die Grundsteuer ist noch unzureichend als die Gewerbesteuer.

Abg. Dr. Cremer (Dsp.) wirft die Frage auf, ob nicht eine Umgestaltung der Finanzverwaltung möglich wäre mit dem Ziel, diese Verwaltung übersichtlicher zu gestalten und den Reichsfinanzminister von der Ueberfülle seiner Aufgaben zu entlasten. Wir haben immer die Forderung aufgestellt, die Finanzverwaltung zu ändern und eine gewisse Selbstbestätigung des Parlaments in der Ausgabenbewilligung durchzuführen. Das Finanzprogramm müsse in einem Zusammenhang mit der Deckungsfrage behandelt werden. Die Steuer als Mittel zur Einnahme-

vermehrung könne nicht als ins Ungemessene erhöht werden. Der Ertrag der indirekten Steuern findet seine Grenze am Konsumrückgang. Das wird sich auch bei der Biersteuer zeigen. Die unheilvolle Verbindung der Finanzlage der Arbeitslosenversicherung mit der des Reiches muß getrennt werden.

Unsere Vorschläge zur Reform der Arbeitslosenversicherung von 1929 werden jetzt zu 90 Prozent erfüllt. Die Ankurbelung der Wirtschaft wird im wesentlichen Sache der Privatindustrie sein müssen. Hier muß freilich die Bahn freimacht werden durch Senkung der auf der Privatwirtschaft ruhenden Lasten. Die sogenannte Reichsbilanz der Beamten ist ein Umweg, der den Eindruck erweckt, als wolle man die Steuern da holen, wo sich der schwächste Widerstand zeigt. (Zurufe des Abg. Schuldt (Dem.): Moldenbauer!) Wenn die Deutsche Volkspartei ihre Meinung geändert hätte, wäre mein Freund Moldenbauer heute noch Finanzminister. Wir haben immer den Standpunkt vertreten, daß in der Zeit der Not alle Volksschichten gleichmäßig zu Opfern herangezogen werden müssen und daß dann auch die Beamtenhaft sich nicht ausschalten wird. Der Verwaltungslostebeitrag ist keine sensationelle Neuerung. Mit dieser Abgabe können wir nicht nur die Gemeindefinanzen, sondern die allgemeinen Finanzen sanieren. Die Realsteuern könnten entsprechend gekürzt werden. Die Lohnsteuer muß differenziert werden nach der wirtschaftlichen Lage. Der Zuschlag zur Einkommensteuer widerspricht dem wichtigsten Programmpunkt der Regierung, der Verwirklichung einer Steuerentlastung zum Zweck der Kapitalbildung.

Abg. Collofer (SP.) weist darauf hin, daß die Wirtschaftspartei vergebens jahrelang die Ausgabenpolitik bekämpft habe. Die von der Regierung vorgeschlagenen Staatsabträge seien zu gering, ein anhaltender Abbau sei aber nur durch Abbau von Gehältern möglich. Auch in die Gemeinden müsse Sparmaßnahme einziehen. Die Kopfsteuer und ihre Verbindung mit den Realsteuern sei deshalb nicht. Der katastrophale Konsumrückgang zeige, daß eine Besteuerung der sogenannten Genussmittel nicht mehr möglich sei. Ein Pensionskürzungsgesetz werde die Wirtschaftspartei unter allen Umständen mitmachen. Darüber hinaus sei ein Abbau der Beamtengehälter, aber auch ein Abbau der Löhne und Preise der Wirtschaft, sowie der angeplanten sozialen Gesetzgebung notwendig. Nur wenn diese Fragen den Verhältnissen angepaßt werden, sei die Wirtschaftspartei bereit, eine vorübergehende Erhöhung der Arbeitslosenbeiträge und der Einkommensteuer für die großen Einkommen mitzumachen. Zur endgültigen Sanierung gehöre aber auch die Arbeitslosenpflicht der Jugend, die Besteuerung der öffentlichen Betriebe und der Umbau der Verwaltung und Gesetzgebung in finanzieller und wirtschaftlicher Beziehung.

Abg. Dr. Reinhold (Dem.): Meine politischen Freunde haben es sehr bedauert, daß der Reichsfinanzminister sich darauf beschränkt, nur die letzte Reinertragsvorlage zu verteidigen, ohne ein endgültiges Finanz- und Wirtschaftsprogramm zu entwickeln. Wir brauchen eine organische Preisentlastungsaktion. Sie kann aber nicht erreicht werden, wenn Preisen durch Gehälter die Wertschöpfung, wenn die Gemeinden den Verkehr befeuern, wenn die Reichsbahn die Tarife erhöhen will. Vor allem müssen die künstlich hochgehaltenen Kartellpreise gesenkt werden, ebenso wie die Kleinhandelspreise. Wenn die Preisentlastung erreicht ist, dann können und müssen wir auch zu einer Senkung der Löhne kommen, die nicht gegen, sondern in Verbindung mit den gewerkschaftlichen Organisationen erfolgen muß. Erst dann wird auch die Beamtenhaft einer Gehaltsentlastung aufhören, während das von Dr. Moldenbauer vorgeschlagene einseitige Kopieren der Beamten mit Recht auf schärfste Ablehnung stößt. Es ist jetzt die Zeit gekommen, die Kapitalflucht in jeder Form als ein Verbrechen am Vaterland zu brandmarken. Die Reue aus der Kapitalflucht wird geringer werden, wenn das Vertrauen zur Solidität der deutschen Finanzwirtschaft wiederhergestellt ist. Das kann nur geschehen durch eine grandiose Finanzreform. Wir begrüßen den letzten Willen des Ministers, 100 Millionen am Etat einzusparen, aber wir meinen, daß weitere Einsparnisse möglich sind. Den Deckungsplänen der Regierung stehen wir außerordentlich kritisch gegenüber. (Hört! Hört!) Ein Notopfer der Beamten können wir nur billigen, wenn es sich einfügt in ein allgemeines Notopfer aller leistungsfähigen Schichten. Die Behördenangestellten können zu einer solchen Reichsbilanz nur herangezogen werden, soweit ihre Stellung ebenso gesichert ist, wie die der Beamten. Wir bedauern, daß die Regierung nicht ein organisches Reformprogramm dem Parlament vorgelegt hat. — Weiterberatung: Mittwoch 3 Uhr.

Die Regelung der Sparkassenaufwertung

Wir werden um Aufnahme folgender Zuschrift gebeten: Die Ortsgruppe Altensteig des württ. Sparverbundes hat an die hiesige Sparkasse folgendes Schreiben gerichtet, das umso mehr interessieren dürfte, als im württ. Landtag in nächster Zeit mit einer erneuten Aufrollung der Aufwertungsfrage gerechnet werden muß.

Die Regelung der Sparkassenaufwertung in Württemberg hat als untere Grenze den gesetzlichen Mindestsatz von 12 1/2 Prozent festgesetzt, oben aber dem freien Ermessen und Willen der einzelnen Sparkassen keinerlei Grenzen gezogen. Es ist anzuerkennen, daß die meisten württembergischen Sparkassen den Mindestsatz überschritten haben. Wenige jedoch sind über den Satz von 20 Prozent hinausgegangen. In Sachen dagegen wurde ganz allgemein bestimmt, daß nach Möglichkeit ein Mindestsatz von 25 Prozent erreicht werden solle und manche jährlichen Sparkassen werten tatsächlich bis zu 40 Prozent und noch höher auf. Zweifellos können auch die meisten württ. Sparkassen höher aufwerten als dies bisher geschehen ist. Man könnte beispielsweise auch daran denken, durch jährliche Zuweisungen etwa in der Höhe der Hälfte des jährlichen Gewinns den Aufwertungsgrad allmählich auf mindestens 25 Prozent zu erhöhen.

Für selbstverständlich halten wir es, daß die Verzinsung der alten Sparguthaben möglichst rasch den Zinssätzen für die neuen Spareinlagen völlig angeglichen

werden muß und daß mindestens ab 1. Januar 1930 der Zinssatz für die alten Spareinlagen auf 5 Prozent erhöht wird.

Eine der größten Härten und Ungerechtigkeiten des Aufwertungsgesetzes ist zweifellos die Frage der Rückwirkung, welche bei den meisten württ. Sparkassen nach dem sog. Wilhelmsbavener System geregelt worden ist. Der Sparerbund hat seit Jahren immer wieder auf dieses die Gläubiger in unerhörter Weise willkürlich schädigende System hingewiesen und dessen Beseitigung gefordert. Tatsächlich ist auch in Sachsen und in Baden dieses System wenigstens vom Stichtag des 15. Juni 1922 ab aufgehoben worden, und auch eine Anzahl württ. Sparkassen hat das Wilhelmsbavener System vom 15. Juni 1922 ab freiwillig beseitigt. Wir halten es für notwendig, daß alle württ. Sparkassen diesem Beispiel folgen.

Der Württ. Sparerbund hätte es an sich für richtig gehalten und begrüßt, wenn die Sparkassen als Treuhänder der Sparer, der Witwen und Waisen sich im Kampf um eine gerechte Aufwertung auf seine Seite gestellt hätten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Inflation und die ungerechte Aufwertungsgegebung das Vertrauen weitestest Kreise des Volkes zu der Sicherheit der Geldanlage in Deutschland auf das stärkste erschüttert haben und daß diese Erschütterung des Vertrauens die Hauptursache der heutigen katastrophalen Kapitalflucht ist. Wir glauben deshalb, daß es im Interesse der Sparkassen selbst liegt, an der Verbesserung der Sparkassenaufwertung mitzuwirken durch Erfüllung der drei oben genannten Forderungen.

Landesnachrichten

Von der Landeswassererforscher

Stuttgart, 7. Juli. Der Beirat der Landeswassererforscher, dem Vertreter der Städte Stuttgart, Eßlingen, Ludwigsburg, Feuerbach, Södingen, Göppingen und Ellwangen als Vertreter der sämtlichen Abnehmergemeinden angehören, hat unter dem Vorsitz des Innenministers Dr. Bohl den Haushaltsplan der Landeswassererforscher beraten. Im Fördergebiet in Langenau und an der Hauptleitung, die von Langenau zum Rotenbergbehälter führt, sind zur Erhöhung der Betriebssicherheit Bauarbeiten notwendig. Trotz dieser Aufwendungen konnte der bisherige Wasserpreis, für Stuttgart 8 Pfennig, für die übrigen Anschlussgemeinden 11 Pfennig für 1 Kubikmeter beibehalten werden. Im Anschluß an den Haushaltsplan wurde der künftige Ausbau der Landeswassererforscher durch Erstellung einer zweiten Hauptleitung von dem Fördergebiet Langenau bis zum Endbehälter bei Rotenberg eingehend erörtert. Der Vorsitzende führte aus, der Ausbau, der sich auf etwa 3 Jahre ausdehnen werde, dürfe nicht mehr länger verschoben werden, wenn der dauernd steigende Wasserbedarf im Versorgungsgebiet rechtzeitig befriedigt werden soll. Eine Reihe angeschlossener Gemeinden dränge auf den Ausbau. Der Entschluß zur Ausführung des Werkes werde dadurch erleichtert, daß in größerem Umfang Anschließungen von Land und Reich durch die wertvollsten Gewerbesenktungen in Aussicht genommen werden können; im übrigen dürfe mit der Unterstützung des Finanzministeriums gerechnet werden. Von Seiten der Vertreter der Stadt Stuttgart wurde ausgeführt, daß Stuttgart jedenfalls bis zum Jahr 1936 ausreichend Wasser habe und unter diesen Umständen die lästliche Mehrbelastung, die der sofortige Ausbau mit sich bringen würde, nicht übernehmen könne. Es müsse deshalb eine wirtschaftliche Zwischenlösung gefunden werden. Von den Vertretern anderer Anschlussgemeinden wurde darauf hingewiesen, daß eine weitere Verzögerung des Ausbaus für den größten Teil der Gemeinden untragbar sei. Es wurde eine Kommission beauftragt, mit Beiziehung dem Beirat Vorschläge darüber zu machen, welche Lösung des Ausbaus der Landeswassererforscher für alle Abnehmer einschließlich Stuttgart als technisch empfehlenswert und wirtschaftlich tragbar betrachtet werden kann.

Jahrestest der Anstalt Karlsöhne

Unter zahlreicher Beteiligung hat die Evana, Brüder- und Kinderanstalt Karlsöhne bei Ludwigsburg am Sonntag 10. Jahresfest gefeiert. Die Feier fand unter dem Leitwort „Wir sind im Kampf Tag und Nacht, wofür und bis uns freit!“ Darauf war schon das Begrüßungswort von Stefan Gauer, wie auch die Festpredigt von Stadtpfarrer D. Dippert-Stuttgarter bestimmt. Der Anstaltsleiter Direktor Köhler eröfnete in seinem Jahresbericht von dem wirtschaftlichen Stand der Anstalt, welche ohne die Liebesgaben, die ihr aus den evangelischen Volksteilen zufließen, nicht bestehen könnte. Er schilderte die Arbeit an den Kindern und an den Pflegenden des Männerheimes, sowie die großen Aufgaben der hinfälligen Bräuterausbildung. Lehrreiche Einblicke in die Arbeit der Brüder gewährten die Berichte der Diakonen Hans-Kentlingen und Friedrich-Ull. Das Schlusswort sprach Stadtpfarrer Zeller-Södingen. Im Anschluß an das Jahresfest fanden sich die auf ausserordentlichen Arbeitsstätten dienenden Brüder der Diakonenanstalt zum Bräutertag zusammen, der die Vertretung der 377 Diakonen umfassenden Brüderchaft darstellt.

Stuttgarter Brief

Von Hitze und kühlen Orten, von Mineralwasser und Sommerpolitik, von Künstlern und Zirkusvolontären.

Tag tropischer Hitze hat uns Juni und Juli bisher gebracht, die besonders im Stuttgarter Talteßel sich lähmend auf Körper und Geist legte. Welch ein Glück, daß Stuttgart von malderkrönten Höhenwinden umgeben ist, an schattenspendenden Anlagen und Erholungsstätten geradezu einen Überfluß hat! Und welche eine Lust, sich im Bade zu tummeln, sei es drunten in Untertürkheim im städtischen Grobbad des Neckars, sei es in den Mineralbädern Keuner oder Lenzel! Aber vielmehr wird noch von der Gelegenheit Gebrauch gemacht, auf die Bilder nach Balbinger hinauszufahren, wo das wunderschöne grobe Freibad auch bessere Luft spendet oder nach Rohr, wo im Walde ein ebenso prächtiges Freibad am Schönbrunn sich ausbreitet hat. Wie praktisch die Straßenbäder sind, das hat sich gerade in diesen heißen Wochen erwiesen. Zu den Schwimmbädern im Stadtbild Stuttgarts gehört der Stadtgarten mit seiner Varietebühne im Freien. Aber es ist nicht jedermanns Ding, Abend für Abend den Hofussokus eines Varietes über sich ergehen zu lassen. Darum sieht der prächtige Silberburggarten, der außerordentliche Kühle und Frische spendet, besonders an, zumal in ihm die bekannte Wiener Kasse der Deutschmeister konzertiert. Auch die Villa Berg im Stadtpark ist sich ein Anziehungspunkt für heiße Lasse. Draußen am Rand der Wälder und Berge

fuppen haben sich große und schattenspendende Gesträucher aufgetan, die an den Abenden nach des Tages Lust und Hitze freudig und viel besucht werden, so das Kurhaus auf der Heide am Kräberwald, das Weihenbofrestaurant mit seinem weithin sichtbaren weißen Turm, die Panoramabühne am Botenauer Sattel, der Buchhof an der Hasenbersteige u. a. Nachdem seit einigen Monaten die Straßenbahn nach Sillenbuch fährt, ist der Wald wiederum der Stadt näher gerückt. Von der Haltestelle „Rubebank“ aus, mitten im Walde, erreicht man in fünf Minuten die Degetlocher Spielplätze und die Luft- und Sonnenbäder der Sport- und Jugendvereine. In selbst alten Dörfern ist dadurch ein herrlicher Waldausflug möglich gemacht, der nicht selten im Erholungsheim des GEM. bei Kaffee mit Kuchen oder Süßholz endet.

Zust zur rechten Zeit hat man den verjagten Mineralquellen in Berg und Cannstatt im Stuttgarter Gemeinderat einige Worte gewidmet. Sie sind bekanntlich verschwendet seit die Redarfanalysierung scharfe Einträge in die Bodenerhältnisse notwendig machte. Man versuchte zwar durch allerlei Maßnahmen die Quellen wieder zum Fließen zu bringen, bisher vergebens. Nun hofft man noch auf die Restarstellung oberhalb der Karlsbrücke, denn zweifellos erreichen sich die kochbaren Wasser in das Fließbett des Neckars. Ob es gelingt die Berger Sprudel und die Cannstatter Brannen wieder reichlicher zum Fließen zu bringen, erscheint recht fraglich. — Der Gemeinderat hat in diesen heißen Tagen entscheidungslos Probleme zu wägen. Die Verkehrsfrage zurilder im Zusammenhang mit einem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung steht zur Lösung bereit. Der Staat hat bereits zugesagt, die Stadt stützt sich noch. Sporen will man, nachdem man bei der Stadt in den letzten Jahren sehr sparsam die Gelder verwendet hat. Man denke nur an die verschiedenen Siedlungsbauten, an den Södingenhausener Schulhausneubau mit Stuttgarter Geldern! Dabei hielten die politischen Bestimmungen, die zwischen Stadt und Staat bestehen keine kleine Rolle. Im Rathaus selbst triumphiert die Parteipolitik auf der ganzen Linie. Man darf sich nur die künftigen Auseinandersetzungen ansehen, die immer wieder über Dinge allgemeinen Interesses stattfinden.

Die vier Ausstellungen der Tagungsstelle, die der Juni brachte, sind geschlossen, aber die Kunstausstellungen am Schloßplatz gehen bis Ende August. Ein Besuch der Ausstellung „Kirchliche Kunst“ ist besonders lohnend, während die Ausstellung der Deutschen Künstlerkammer auf dem Plage des früheren Jägertheaters nur für Kunst- und sachverständige Leute wertvoll ist. Die neue moderne Kunst zeigt ja alle die gährenden Probleme der Gegenwart und ist so weit entfernt von dem, was gewöhnlich als schön und gut empfunden, wie die Parole Einigkeit von der Praxis des politischen Lebens. Selbst in das Kronprinzenpalais, das sich als neuer Lusttempel gut macht, hat sich die moderne Kunst verirrt, doch mit Maß und Ziel.

Viele tausend Gäste konnte Stuttgart in den letzten Wochen begrüßen. Zuletzt war es der große Genossenschaftstag, der Männer und Frauen aus allen Teilen Deutschlands zusammensührte. Sie waren alle entzückt über die Schönheit der Stadt, die sich besonders von den Höhen aus so eindrucksvoll darstellt. In man möchte sagen, Stuttgart ist gerade von den Höhen aus mit seinen Villenstraßen und seinen prächtigen Wegen und Anlagen noch immer neu zu entdecken. Bewundernswürdig ist die Werbung für Fremde, die noch lange nicht so gut, wie sie sein soll. Das trifft aber für das ganze Schwäbische Land zu, das dem Musterlande Baden noch viel abzugucken hat. Denn dort treibt man großartige Verkehrsverbesserung für den Schwarzwald und die Eder- und Kurort. Die Stuttgarter und die Schwaben selbst aber ziehen in diesen Wochen, altem Wandel und Reisetrieb folgend, hinaus, meist ins Allgäu, den Schwarzwald, nach Tirol und Goralberg und der Schweiz. Die große Urlaubszeit hat eingesetzt, und die Schulen können es kaum erwarten, bis sie ihre Tore schließen können, denn mit dem Verne ist es bei 30 und mehr Grad im Schatten nicht allzu weit her.

Die Jugend ist mit ihren Gedanken viel beim Zirkus Sarsani, der auf dem Wafen seine Zeltstadt aufgeschlagen und seine 100 Kraftwagen untergestellt hat. Die 200 edlen Pferde, die 20 Löwen und Königstiger und der ganze Betrieb dieses Künstlerdorfes fesselt sie mehr als trodener Lernstoff in heißen Schulstunden. Dieser Wanderzirkus ist in der Tat eine Gemeinschaft von 500 Menschen und noch mehr ausländischen Tieren, die in ihrer Größe, Aufmachung und Organisation ein Wunderwerk darstellt.

Der Landtag hat seine Sommerferien kurz und schmerzlos beendet, obwohl es um nicht unwichtige Dinge und Millionenprojekte ging. Man konnte es ihm nicht verübeln, denn Sommerhitz und Politik, das vertritt sich nicht, wie uns die Vorgänge in Berlin, Thüringen und anderen Orten beweisen.

Aus dem Gerichtssaal

Auf Unvernünftige muß Rücksicht genommen werden!

Rechts, 5. Juli. Das Landgericht Ulm verhandelte am 27. März d. J. gegen den Disalaminations-Stecker, der bei einem Jagd mit seinem Kraftwagen zwischen Setten und Ulm das Unglück hatte, einen sich unvernünftig verhaltenden Korbmaden zu überfahren und zu töten. Während das Landgericht Ulm zu der Überzeugung gelangte, daß den Angeklagten kein Verschulden treffe, hat jetzt das Reichsgericht auf die Revision der Staatsanwaltschaft das freisprechende Urteil aufgehoben und die Sache zu abermaliger Verhandlung an die Vorinstanz zurückverwiesen, da nach der händigen Rechtsprechung des Reichsgerichts jeder Kraftfahrer auch mit unvernünftigem Verhalten an derer Wegebenutzer zu rechnen habe.

Requis des Prozesses wegen der Ermordung der Frau Kommerzienrat Reubdörfer

Requis, 7. Juli. Heute vormittag begann vor dem Schwurgericht Verurteilung der Prozeß gegen die beiden Arbeiter Friedrich Schubert und Hans Popp aus Kulmbach, denen zur Last gelegt wird, in der Nacht zum 4. November 1929 in die Villa Reubdörfer in Kulmbach eingedrungen zu sein mit der Absicht dort Gegenstände zu entwenden und den Kommerzienrat Reubdörfer zu entführen. Bei diesem Einbruch haben die beiden Angeklagten die Frau Kommerzienrat Reubdörfer bei dem Versuch, sie zu knebeln und zu kesseln, gemißhandelt. Frau Reubdörfer ist bald darauf an den Folgen der Mißhandlung gestorben. Schon im Oktober 1929 hatten die beiden Angeklagten, die schon jahrelang die Villa zu gelegentlichen Diebstählen ausgenutzt hatten, dem Kommerzienrat Reubdörfer ausgeliefert, um ihn zu verschleppen und so in den Besitz eines Lösegeldes zu kommen. Dieser Versuch war jedoch gescheitert. Schubert gab bei seinem heutigen Verhör zu, daß er in der fraglichen Nacht zusammen mit Popp in den Garten der Villa Reubdörfer ein-

gedrungen war, um dem Kommerzienrat Reubdörfer aufzulauern. Sie hätten sich zunächst in einer Aufwahrungshalle versteckt um abzuwarten, bis im Hause alles ruhig geworden sei. In diesem Versteck hätten sie sich Gesichtsmasken angeeignet und auch Schürze und Knebel zu sich genommen. Schubert gibt im übrigen alles zu, was er in der Voruntersuchung gestanden hat, bestritt jedoch, da her und Popp die Absicht gehabt hätten, Frau Reubdörfer zu töten oder auch nur zu martern.

Als die Frau geschrien hatte, habe er getan, was Schubert ihm vorher angeraten hatte. Er weiß nur von einem Knebelungsversuch, während Schubert von zwei Versuchen berichtet. Gefesselt habe man die Frau, um dadurch etwaige verärgerte Abwehrwunden zu vermeiden. Als Frau Reubdörfer bei der Fesselung schreien wollte, habe Schubert sie mit Erstickens bedroht. Sein Geständnis habe er am 6. Februar widerrufen, weil er gehört habe, daß Schubert widerrufen habe. Brauereibetreibler Reubdörfer gibt an, daß 6000 Mark zur Verlöbung gestellt wurden, nachdem Oberkommissar Schiller ihm das Verlangen des Schubert, ein Geständnis zu machen, mitgeteilt hatte. Auf Verlangen des Verteidigers des Schubert erklärte der Zeuge, daß Frau Kommerzienrat Reubdörfer sehr herzlos war. Darauf wurde Kommerzienrat Reubdörfer vernommen, der aussteigt: Er hätte etwa 15 bis 20 Minuten im Esszimmer gesessen und im ersten Stock Geräusche gehört. Beim Hinabgehen habe er Klagerufe seiner Frau gehört und die Worte: „Heinrich, hilf mir!“ Auch als er im Zimmer Licht gemacht hatte rief seine Frau mehrmals: „Heinrich, hilf mir, ich bin getnebelt“. Er erklärte weiter, den Bezirksarzt und die Polizei habe er in der Frühe verständigt, weil es ihm nach dem Tode seiner Frau so war, als ob man ihm vor den Kopf geschlagen habe. Er habe an nichts mehr gedacht. Auf Verlangen des Staatsanwalts versneinte der Zeuge, daß er sich an seiner Frau in dieser Nacht vermisst habe.

Der Staatsanwalt beantragte für Schubert 10 Jahre, Me Popp 8 Jahre Zuchthaus wegen verübten schweren Raubdes.

Urteil im Reubdörfer-Prozeß

Requis, 8. Juli. In dem Reubdörfer-Prozeß, der die völlige Unschuld des Kommerzienrats Heinrich Reubdörfer ergeben hat, wurde heute abend das Urteil gefällt. Schubert erhielt sechs Jahre Zuchthaus und Popp 4 1/2 Jahre Zuchthaus. In der kurzen Urteilsbegründung wird ausgeführt, daß der Tod der Frau Reubdörfer unmittelbar oder mittelbar durch die Angeklagten bei ihrem Ueberfall auf die Frau im Schlafzimmer verursacht worden sei. Zugunsten der Angeklagten wird nur angeführt, daß Frau Reubdörfer herzlos gewesen sei.

Beiden Verurteilten werden die Ehrenrechte auf 5 Jahre aberkannt. Sie werden unter Polizeiaufsicht gestellt.

Buntes Allerlei

100 Jahre Eisenbahnbillett

Im Mai konnte die Eisenbahnbillette ihr 100jähriges Jubiläum feiern. Im Mai 1830 hat der Engländer Edmundson auf der Station-Darlington-Bahn, die 5 Jahre vorher eröffnet worden war, dieses kleine vieredrige Passagierwagen eingeführt, nachdem in der ersten Zeit des Eisenbahnverkehrs als Quittungen Zettelbillette üblich waren. Die neue Eisenbahnbillette bedeutete trotz ihrer Unschönheit eine große Umwälzung und Erleichterung im Verkehr und fand sehr schnell bei den anderen Eisenbahnen Nachahmung, da die Karten viel stabiler waren, eine schnellere Abfertigung am Fahrkartenschalter und eine bessere Prüfung durch die Schaffner ermöglichten. Heute wird die Eisenbahnbillette, die bis vor kurzem noch in ungeheuren Mengen vorgebracht und in besonderen Schränken bereitgehalten wurde, wegen der gewaltigen Ausdehnung des Verkehrs und der Mannigfaltigkeit der Reiseziele von den Beamten an den Schaltern je nach Bedarf durch besondere Drucker hergestellt.

Eine Atlantische Inselfahrt

Die Hamburg-Amerika-Linie bezieht das Programm ihres diesjährigen Vergnügungsreisen mit einer Veranstaltung eigener Art. Ihr Dampfer „Oceana“ wird am 10. September von Hamburg aus zu einer „Atlantischen Inselfahrt“ in See gehen. Die Reise führt über Guernsey, der schönsten der normannischen Inseln im Vermeil-Kanal, nach Ponta Delgada auf St. Miguel, der Hauptstadt der Azoren. Von hier aus werden Funchal auf Madeira, Santa Cruz de Teneriffe und Las Palmas auf den Kanarischen Inseln besucht. Ueber Lissabon und die Insel Madeira kehrt Dampfer „Oceana“ dann Anfang Oktober wieder nach Hamburg zurück. Die Reise verdient insofern besonderes Interesse, als sie auch die dem Fremdenverkehr bisher noch weniger erschlossenen Azoren berührt.

Auf 500 Tote ein Scheintoter?

35 Abgeordnete der französischen Kammer brachten einen Vorschlag ein, demgemäß in Zukunft jede Todesurkunde nur nach sorgfältigster wissenschaftlicher medizinischer Prüfung jedes Todesfalls ausgefertigt werden soll. Die medizinische Akademie von Paris und die französische Akademie der Wissenschaften vertreten schon längst den Standpunkt, daß die Todesurkunden in Frankreich ohne genügende Prüfung ausgestellt werden, und daß viele Fälle der Begrabung von Scheintoten deswegen dort stattfinden. Es wird von den 35 Abgeordneten, die ihre Unterschrift zum Projekt gaben und meistens Ärzte sind, behauptet, daß jetzt in den zivilisierten Ländern Europas auf je 500 Tote ein Scheintoter entfällt, der also wegen der Unzuverlässigkeit der Todesurkunden lebendig begraben wird, um nach Erwachen im Grabe einen fürchterlichen Tod des Erstirgens zu herben. Wären diese grauenhaften Angaben vielleicht für Frankreich klümmen — in Deutschland können solche Fälle als ausgeschlossen gelten.

Ein noch nicht Abgeschlossener Bericht

es. — Man fragt bei uns über die Ueberfüllung des ärztlichen Berufs; die deutsche Reichskommission für Krebs- und Krankenkassen warnt die Abiturienten eindringlich vor dem medizinischen Studium. Aus Afrika, China, Indien, Formosa dagegen hört man, daß Gebiete von der Größe der ganzen Schweiz auf einen Arzt angewiesen sind. Der württembergische Verein für ärztliche Mission berichte, daß jetzt 34 deutsche Missionärärzte draußen in Tätigkeit sind, daß aber noch ein dringender Bedarf nach weiteren 20 Missionärärzten besteht, der infoweil ungedeckt bleibt. Könnten sich geeignete junge Mediziner nicht entschließen, der dort leidenden Menschheit zu dienen, sei es auf eigene Faust wie Albert Schweitzer, sei es im Anschluß an eine der bestehenden Missionsgesellschaften?

Druck und Verlag der W. Necker-Hoen Buchdruckerei, Ulm. Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul.

